

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5,50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk., Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg. Preis der Einzelnummer 30 Pfg. — Tel. 4596. — **Postcheckkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21. Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig. Telefon 13693. — **Verlag in Leipzig,** Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 4596

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1,30 Mk., bei Platzvorschrift 2,30 Mk.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Seite 1,70 Mk. Reklame-Kolonelle 7,50 Mk. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721. Schluß der Inseraten-Aufnahme für die nächste Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Das Ueberflachtenabkommen im Ruhrrevier.

Berlin, 5. Oktober. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Der Lokalanzeiger meldet am 4. Oktober aus Bochum: Bei der Neuordnung des Ueberflachtenabkommens hat die Regierung die Lieferung von verbilligten Textil- und Schuhwaren an die Bergarbeiter zugesagt. Die dafür eingesetzte Kommission hat unter Zuziehung von Sachverständigen in den verschiedenen Teilen des Reiches größere Mengen Schuhwerk sowie fertige Bekleidung und Wäsche gekauft. Es handelt sich dabei nicht allein um Berufsbeleidung für den Bergarbeiter, sondern auch um Bekleidungsstücke für die Familie und um Hauswäsche. Die Preise sind um ein Drittel des Einkaufswertes ermäßigt. Die Wäsche soll den Bergarbeitern unverkürzt zugute kommen. Die Berücksichtigung zum Bezug der verbilligten Waren ist an das Verfahren der vertragsmäßigen Ueberflachten geknüpft, die mit einer Zeittafel nachher beschleunigt werden. Mit dieser Zeittafel können die gewünschten Waren bei der Zeche oder in den dafür bestimmten Geschäften erworben werden.

Die Betriebskontrolle nach den Forderungen der italienischen Arbeiter.

Berlin, 5. Oktober. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Das Berliner Tageblatt meldet unterm 4. Oktober aus Basel: Aus Rom wird gemeldet: Aus dem Entwurf des Gewerkschaftsbundes über seine Vorschläge zur Einführung der Betriebskontrolle gibt der Messagger folgende Grundzüge wieder: Die Betriebsräte überwachen den Ankauf von Rohstoffen und den Verkauf der Fertigerzeugnisse. Sie setzen die Verkaufspreise fest und regeln die Lohnsätze entsprechend dem Gewinn. Sie entscheiden, zu welcher Beschäftigung sich jeder Arbeiter am besten eignet und weisen ihm die entsprechenden Stellen an. Sie bestimmen auch die Verhältnisse der Beamten in den Unternehmen und Industrien. Sie überwachen die allgemeinen Betriebskosten und die Ausgaben der jehigen Besitzer und Direktoren, die jedoch Gewinnbeteiligung erhalten. Sie führen die neuen Maschinen ein, ersetzen die alten und überwachen die gesundheitlichen Verhältnisse der Betriebe. Sie versuchen, die künstliche Industrieertrags zu beseitigen, indem sie die Uebererschwendung des Marktes mit zu billigen (?) Waren verhindern.

Eine so gestaltete Betriebskontrolle käme der Sozialisierung oder Enteignung sehr nahe, es fehlt nur noch die zentrale Regelung der Produktion, ihre Anpassung an den Bedarf — die bloße Einschränkung der Produktion zur Verhinderung der Uebererschwendung des Marktes mit zu billigen Waren, was es in dem Telegramm heißt, würde nur die Fortsetzung der kapitalistischen Methoden zur Ausbeutung der Verbraucher bedeuten. Das Programm des Gewerkschaftsbundes ist natürlich vorerst nur eine Forderung. Wieviel davon durchzuführen ist, muß sich erst herausstellen.

Reichsdeutsche Engherzigkeit gegen Oesterreich.

Berlin, 5. Oktober. (Eigene Drahtmeldung der L. B.) Die Volkszeitung berichtet aus Wien unterm 4. Oktober: Die reichsdeutschen und deutschösterreichischen Verhandlungen, die zu dem Zusammenschluß der Universitäten führen sollten, sind, wie das Neue Wiener Tageblatt meldet, ergebnislos abgebrochen worden. Von deutschösterreichischer Seite wurde erklärt, daß jeder, der die Voraussetzungen für die Aufnahme an einer österreichischen Universität erfüllt, die Möglichkeit habe, ohne weitere Hindernisse an einer reichsdeutschen Universität eingeschrieben zu werden, dort seine Prüfungen zu machen, das Doktorat zu erwerben und in Deutschland praktizieren zu können. Trotz aller grundsätzlichen Bereitwilligkeit auf reichsdeutscher Seite hätten die deutschösterreichischen Vertrauensmänner den Eindruck gewinnen müssen, daß Deutschland befürchte, durch wechselseitige Freigabe der Praxis in manchen Berufen, so insbesondere in ärztlichen, zu stark konkurrenziert zu werden.

So also fördert die Regierung den Anschlußgedanken! Die Interessen der Akademiker gehen vor! Nationale Politik!

Krise in der englischen Industrie.

Amsterdam, 4. Oktober. Telegramm meldet aus London vom 3. Oktober: Die Krise in der englischen Industrie tritt schon eher, als man dies erwartet hatte, ein. Eine der größten Fabriken von Sheffield hat gestern Tausende von Arbeitern wegen Mangels an Aufträgen entlassen. Die Fabrik steht in Verbindung mit der United Steel Corporation, einem der größten Konzerne der Welt, und man betrachtet daher dies Ereignis als den Beginn der größten wirtschaftlichen Depression, der seit einigen Tagen bereits erwartet wird. Einer der größten Fabrikanten erklärte, daß viele andere Fabriken in Kürze ähnliche Maßnahmen treffen müßten. London, 4. Oktober. In der Baumwollindustrie des Manchester Bezirks wurde beschlossen, künftig zwei Tage in der Woche wegen Stillstandes in der Industrie zu feiern. Die Arbeiter verlangten, daß nur an einem Tage gefeiert werden sollte, aber die Unternehmer werden wahrscheinlich trotzdem ihren Beschluß aufrecht erhalten.

Verhärfung des italienisch-jugoslawischen Konflikts?

Genf, 5. Oktober. (L.) Belgrader Meldungen der Schweizer Presse bezeichnen die Lage zwischen Italien und Jugoslawien als sehr gespannt und geben sogar Gerüchte über eine angebliche Kriegsgefahr (?) zwischen den beiden Ländern wieder. Die Kette des Prinzregenten nach Serajewo wird hiermit in Zusammenhang gebracht. Zugleich berichten italienische Blätter, daß die Belgrader Regierung die Besetzung von Zara beabsichtigt.

Zusammenstöße zwischen Deutschen und Jugoslawen in Kärnten.

Aus Klagenfurt wird gemeldet: Am Sonntag fanden in 40 Ortschaften deutsche Versammlungen statt. In einigen kam es zu Zusammenstößen mit den Jugoslawen. In dem Orte Kanjani verlangten die Jugoslawen die Auslieferung des deutschen Pfarres Winnig tot oder lebendig und feuerten Schüsse in das Versammlungsort. Erst als spät abends Erlaß kam, gelang es, die jugoslawischen Prügelschergen zu vertreiben. In dem Orte Kührsdorf kam es ebenfalls zu Zusammenstößen mit den Jugoslawen.

Professorenstreik wegen Ausweisung eines sozialistischen Redakteurs in Preshburg.

Wie aus Preshburg gemeldet wird, wurde wegen der Ausweisung des Redakteurs Wiffelring von der sozialdemokratischen Volkstimme von kommunistischen Elementen der Generalstreik erklärt. Ein großer Teil der Arbeiterklasse und die Bahn-, Post- und Telegraphen-Angestellten sollen sich nicht an dem Streik beteiligen.

Gindet die Genfer Konferenz noch statt?

Genf, 4. Oktober. Massingham, der Londoner Korrespondent der Daily Mail, telegraphiert, daß von einem Ausgehen der Genfer Konferenz, noch keine Rede sei. Die englische Regierung halte noch immer an dem Konferenzgedanken fest; er bilde augenblicklich den Gegenstand eines lebhaften Gedankenaustausches zwischen der englischen und der französischen Regierung.

Die Bemühungen um Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen mit Rußland.

Kopenhagen, 4. Oktober. Die Nationaltidende berichtet aus Charkiw: Nach einer Meldung der Zeitung Aktienpolen hat Witwinow die Verhandlungen mit der norwegischen Regierung abgebrochen, nachdem diese seinen letzten Vorschlag über die Eröffnung von Handelsbeziehungen mit Rußland abgelehnt hatte.

Basel, 5. Oktober. (L.) Der Schweizer Bundesrat hat den von sozialdemokratischer Seite eingebrachten Antrag, wonach die Handelsbeziehungen mit Sowjetrußland sofort aufzunehmen sind, abgelehnt.

London, 4. Oktober. Wie die Times mitteilt, wird, wenn das englisch-rußische Handelsabkommen abgeschlossen sein wird, Sowjetrußland in London eine Bank errichten.

Berurteilung des kommunistischen Abgeordneten Eisenberger.

München, 4. Oktober. Der Prozeß gegen den kommunistischen Landtagsabgeordneten Eisenberger wurde heute in später Abendstunden abgeschlossen. Eisenberger wurde zu zwei Jahren Gefängnis unter Anrechnung der dreiwöchigen Untersuchungshaft verurteilt.

Einstellung des Betriebes der Gera-Muselwitzer Eisenbahn.

II. Halle, 4. Oktober. Die Gera-Muselwitzer Eisenbahn hat sämtlichen Beamten und Angestellten gekündigt. Sie beabsichtigt, in nächster Zeit ihren Betrieb gänzlich einzustellen.

Verhaftung eines am New Yorker Bombenattentat Beteiligten.

Duisburg, 4. Oktober. Die Polizei verhaftete gestern einen Mann namens Zelenka aus Brooklyn unter dem Verdacht der Mittäterschaft bei der Explosion in der Wallstreet in New York. Auf Grund der Ergebnisse des Verhörs wurde er heute nach Washington überliefert. In seinem Besitz wurde Dynamit gefunden.

Arbeiterunruhen in Indien.

Paris, 4. Oktober. Nach einer Matinmeldung aus London wird dem Ministerium für Auswärtiges aus Bombay telegraphiert, daß in Indien Arbeiterunruhen ausgebrochen seien. Auch am Allah werden Unruhen auf einer Teeplantage mitgeteilt, wobei fünf Engländer, darunter der Postchef, schwer verwundet worden seien. Die Lage sei gefährlich, es seien Truppen zusammengezogen worden.

Paris, 4. Oktober. Nach einer Meldung aus Simla ist der sozialistische Daily Herald in Indien verboten worden.

Französische Besorgnisse um Oberschlesien.

Berlin, 5. Oktober. Die Deutsche Allgemeine Zeitung schreibt, die französische Presse lege im Zusammenhang mit der Berufung des Generals Le Rond nach Paris für die Vorzüge in Oberschlesien lebhaftes Interesse an den Tag. Man könne sich den Eindruck kaum erwehren, daß hier nach einer von höherer Stelle gegebenen Parole vorgegangen werde, die von der Besorgnis diktiert sei, in Oberschlesien könne sich wiederholen, was sich in den preußischen Abstimmungsgebieten ereignet habe.

Die Urabstimmung.

Bei der Urabstimmung in Groß-Leipzig sind bis heute vormittags 12 723 Stimmen gegen die Mosauer Bedingungen gezählt worden und 8448 dafür. 5 kleine Dreiklassen fehlen noch aus.

Das gestrige vorläufige Ergebnis der Urabstimmung in Leipzig wird durch die neuesten Zahlen nicht mehr wesentlich verändert. Immerhin kommt noch eine kleine Stärkung der Gegner der Bedingungen heraus. Die Mehrheit der Abstimmenden ist auf über 4000 Stimmen gewachsen. Etwa 21 000 Parteigenossen haben ihre Stimme abgegeben. Das ist natürlich viel zu wenig bei den 60 000 Mitgliedern, die wir in Groß-Leipzig haben. Aber man muß mit der Neuheit der Urabstimmung rechnen. Sie wird ähnlich wie die Wahlen zu den gesetzgebenden Körperschaften erst allmählich nach öfterer Anwendung in ihrer ganzen Wichtigkeit von allen Parteigenossen erkannt werden. Die Wahlbeteiligung muß uns lehren, daß wir das Ziel noch lange nicht erreicht haben, alle unsere Anhänger und Mitglieder auch zu wirklich aktiven Kämpfern zu machen, die nicht bloß bei großen Aktionen wider die Gegner, sondern auch bei den inneren Entscheidungen des Parteilebens tätig mitwirken. Den bürgerlichen Schmolz, die uns das hoch höhen wollen, können wir nur mit mittelbedingtem Wächeln den Rat geben, einmal eine Urabstimmung in ihren Parteien vornehmen zu lassen. Sie würden an den niedererwertigen Ergebnissen erkennen können, wie gewaltig das politische Interesse in der Arbeiterklasse die von der Anhängerschaft der bürgerlichen Parteien überlegen ist. Es ist natürlich immer so gewesen und wird in einem gewissen Maße auch immer so bleiben, daß das Maß des politischen Interesses auch unter den Anhängern und Mitgliedern einer Partei verschieden stark ist. Es gab schon immer eine ganze Anzahl Genossen und Genossinnen, die mit der Zahlung ihres Beitrags und der Abgabe des Stimmzettels bei den Wahlen zu den Parlamenten ihre Pflicht für die Partei getan zu haben glaubten. Es ist damit nicht gesagt, daß sie im Falle großer Kämpfe, wo es die ganze Person für die Sache des Proletariats einzusetzen gilt, nicht ihre Pflicht tun würden. Wir wissen es aus den Tagen unserer revolutionären Krisen, daß es den meisten von ihnen an Mut und Opferwilligkeit nicht fehlt. Aber natürlich wäre es für die Arbeiterklasse bedeutend besser, wenn diese Genossen auch an den wichtigen inneren Parteifragen lebendigeren Anteil nehmen würden, und das zu erreichen, muß unsere unablässige Sorge und Arbeit sein. Die Urabstimmung ist eines der Mittel, das dieses mangelnde Interesse wecken und vertiefen wird. Diesmal haben in Groß-Leipzig 25 Prozent der Mitglieder abgestimmt. Bei der vorjährigen Urabstimmung am 2. November beteiligten sich nur 24,5 Prozent der Genossen. Es ist also schon ein nicht unwesentlicher Fortschritt der Beteiligung zu verzeichnen, der freilich durchaus noch nicht befriedigt. In Berlin ist eine Beteiligung von etwa 45 Prozent erreicht worden. Dieses Beispiel muß uns anfeuern, auch hier Gleiches und mehr zu erzielen. Ganz falsch wäre es aber, die Urabstimmung deswegen zu verworfen, weil die Beteiligung noch nicht zufriedenstellend ist, falsch wäre es auch, die Beteiligung zu erschweren, wie es Genosse Hennig in Halle in einem Artikel im dortigen Volksblatt beklammert. Er meint, man müsse die Garantien dafür schaffen, daß nicht Gleichgültige, die die Tragweite ihrer Entscheidung nicht erfaßt haben, abstimmen, indem man bestimme, daß die Urabstimmung nur in einer Versammlung erfolgen darf, nachdem die Wähler Referat und Korreferat gehört haben. Das hört sich auf den ersten Blick ganz gut an. Es stehen ihm aber sehr viele technische Schwierigkeiten entgegen: die Beschaffung genügender Säle und einer großen Anzahl von Rednern für und wider u. a. m. Abgesehen davon aber würde die Urwahl gerade ihren erzieherischen Wert verlieren. Die Abstimmung würde sich wieder auf die regelmäßigen Versammlungsbesucher beschränken. Dabei ist nicht gesagt, daß sich die Abstimmenden, die dem Versammlungsbesuch nicht geneigt sind, nicht durch die Bekümmerte der Zeitungen usw. über die zur Abstimmung stehende Sache informieren könnten. Es wäre natürlich besser, wenn jedes Mitglied es für seine Pflicht erachten würde, den wichtigen Parteiverfassungen beizuwohnen. Aber wir müssen mit den Menschen rechnen, wie sie einmal sind. Und für eine Massenpartei ist es wichtig und wesentlich, daß bei den großen Entscheidungen, die für längere Zeit über das Schicksal der Bewegung entscheiden, nicht bloß die kämpfende Vorhut, sondern auch die Masse der Mitglieder ihr Urteil abgibt. Das läßt sich nur durch die Urabstimmung erreichen.

Die Urabstimmung in Groß-Leipzig zeigt, daß rund 60 Prozent der Abstimmenden gegen die Bedingungen sind, rund 40 Prozent für ihre Annahme. Die 5 kleinen Vereine, deren Abstimmungsergebnis noch nicht eingelaufen ist, können an diesen Zahlen nichts Wesentliches mehr beibringen. Die lebhafteste Agitation der Befürworter des Anschlusses, die an sehr starke und verständliche Gefühle der Klassenbewußten Proletariats appellierte, hat also nicht den erwarteten Erfolg gehabt. Wenn in einer Leipziger Meldung des Halleischen Volksblattes von einer Ueberrückung gesprochen